

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/47

Bonn, den 7. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a

Das Recht zur Demonstration

80

Ein Problem der demokratischen Gesellschaft

Von Heinz Ruhnau,

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

2 - 3

Im Dienst der deutsch-französischen Freundschaft

70

Viele Gemeinden des hessischen Zonenrandgebietes haben Patenschaften mit Städten und Gemeinden der Bretagne

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

4

Was wollen die Freien Demokraten?

29

"Fdk" dringt auf "Reformen" im sozialpolitischen Bereich

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Bundesfinanzhof gegen Erleichterungen für die berufstätige Mutter

"Familienväter nicht noch mehr belasten!"

Die Wirtschaft braucht kritische Käufer
- Helga Merkel im "Montag-Club" -

Kurzmeldungen

*

*

*

Das Recht zur Demonstration

Ein Problem der demokratischen Gesellschaft

Von Heinz Ruhnau,

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Zum Recht, seine Meinung frei zu äußern, gehört auch das Recht, durch Demonstrationen auf sich aufmerksam zu machen. Besonders für kleinere Gruppen ist dieses Recht in einer demokratischen Gesellschaft bedeutsam, denn nur durch diese Bedingungen wird in gewisser Weise ein Konkurrenzgleichgewicht zu den im Parlament vertretenen Gruppen geschaffen. Die Ordnungskräfte des Staates haben die Freiheitlich-demokratische Grundordnung, in welcher sich alle auf dem Boden der Verfassung stehenden Kräfte entfalten können, nicht einen bestimmten gesellschaftlichen Zustand zu schützen. Das ist immer dann schwierig, wenn die Entwicklung nicht gradlinig verläuft. Natürlich entwickelt sich jede Gesellschaft in Phasen. Überall, wo diese Entwicklung sich nicht innerhalb der "normalen Bedingungen" vollziehen kann, richtet sie sich früher oder später gegen diese Bedingungen selber.

Mißtrauen

Bei den politischen Demonstrationen der Jahre 1967/68 haben wir es hauptsächlich mit jungen Menschen zu tun. Mit einer neuen Generation, die zum Teil von dem Eindruck geprägt ist, innerhalb der "normalen Bedingungen" seien Veränderungen nicht mehr möglich. Sie ist außerdem von dem Mißtrauen geprägt, sie komme innerhalb dieser etablierten Bedingungen nicht genügend zu Wort und werde auch nicht ernst genommen. Daraus entsteht eine besondere, in dem letzten Jahr beobachtete Aggressivität. Die Formen der Auseinandersetzungen tragen oftmals totalitäre Züge. Vor diesem Hintergrund hatte insbesondere die Polizei sehr schwierige Aufgaben zu lösen.

Kritik an "den Parteien"

Die politische Aktivität wird etwa seit 1965 in zunehmendem Maße von Teilen der studentischen Jugend entwickelt. Dies ist offensichtlich ein neuer Abschnitt der Entwicklung. Nach dem Kriege war "Jugendbewegung" meist von oben organisiert. In der Suche nach Mitteln des Ausdrucks wird nicht zimperlich verfahren. Der Wille zur Resonanz nach außen führt oft ins Extreme und hier zu einer permanenten Verletzung von Recht und "Anstandsregeln". Die Ursache hierfür liegt offenbar in der Überzeugung, daß in der Politik echte Alternativen nicht mehr gesehen werden, die Parteien sich als einziges Instrument zur politischen Willensbildung verstehen und zum Teil nicht mehr fähig sind, sich selbst und die Gesellschaft zu regenerieren.

Eskalation

Einem kleinen radikalen Kern der Demonstranten geht es vor-dergründig darum, auch durch Zusammenstöße mit der Polizei auf sich aufmerksam zu machen, die staatliche Ordnungsmacht in eine ständige Auseinandersetzung zu verwickeln und als "autoritär" zu denunzieren. Entscheidend wird dabei sein, inwieweit es dem Kern gelingt, zunächst noch Unbeteiligte oder Mitläufer in gewünschter Weise zu beteiligen. Ist der Funke erst einmal übergesprungen, so kommt es zu einer negativen Solidarisierung und meist zu einer Eskalation der Auseinandersetzung. Im Verlaufe einer solchen Eskalation kommen auch noch weitere Unbeteiligte in eine Frontstellung zur Polizei. Das ist das Mahziel von Provokateuren.

Demonstration oder Provokation ?

Diesen Problemen zu begegnen, ist eine der schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben. Hierfür gibt es kein allge-meingültiges Rezept. Es wird daher entscheidend darauf ankommen, mehr als bisher zu differenzieren. Dabei ist davon auszugehen, daß die Polizei friedliche Versammlungen nicht zu behindern, son-derm vielmehr zu s c h ü t z e n hat. Unfriedlichen Ver-sammlungen kann zwar mit polizeilichen Mitteln begegnet werden. Es hat sich aber gezeigt, daß in manchen Fällen polizeiliches Einschreiten - etwa in Form von Räumungen - letztlich stärkere Störungen hervorrief und damit der ursprünglich kleinen Demonstra-tion eine weit größere Publizität verschaffte. Da das letztere aber gerade das Ziel von Provokateuren ist, begibt sich die Poli-zei in die Gefahr, unfreiwilliger Gehilfe der radikalen Kräfte zu sein.

Die Aufgabe der Polizei

Niemand tut unserer Polizei aber einen guten Dienst, wenn er sie ihrer flexiblen Reaktionen wegen der Hilflosigkeit beschul-digt. Man darf die Polizei auch nicht dafür verantwortlich machen, wenn sich manchmal Gerichte und Staatsanwaltschaften ihrer Aufga-be nicht gewachsen gezeigt haben. So sehr es die erste Verpflich-tung eines jeden Polizeibeamten ist, strafbare Handlungen zu ver-hindern bzw. zu verfolgen, sie müssen ebenso aber auch im Augen-blick ihres Einsatzes darauf achten, daß sie nicht durch ihre Maß-nahmen gutwillige, freiheitlich gesehene, aber kritische Bürger an die Seite der Radikalen treiben. - Deshalb muß die Polizei flexibel immer dort eingreifen, wo es am notwendigsten ist und die zu schützenden Rechtsgüter und ihre Gefährdung gegeneinander abwägen. Das darf man ihr nicht nur nicht vorwerfen; es ist ihre erste Pflicht. Besonders unglaublich allerdings sind jene, de-nen die Polizei einmal nicht energisch genug einschreitet und die ein andermal nach dem Untersuchungsausschuß rufen.

Im Dienst der deutsch-französischen Freundschaft

Viele Gemeinden des hessischen Zonenrandgebietes haben
Partnerschaften mit Städten und Gemeinden der Bretagne.

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Während Bundeskanzler und Bundesaußenminister von ihrem Besuch in Paris mit mehr Zuversicht zurückgekommen waren, als sie seinerzeit die Reise anträten, haben die Stadtverordneten der unmittelbar an der Zonengrenze gelegenen hessischen Stadt Bad Sooden-Allendorf unter Vorantritt der stärksten Fraktion im Stadtparlament, der SPD, auf ihre Art deutsch-französische Politik gemacht: sie beschlossen, mit der Stadt Lesneven in der Bretagne die Partnerschaft aufzunehmen. Es war nicht der erste Fall der Verbindungsaufnahme zwischen Städten und Gemeinden an der hessischen Zonengrenze und Kommunen in der fernen Bretagne. Als erste Gemeinde hatte der Grenzübergangspunkt Herleshausen durch Vermittlung der Austauschreferentin der Europa-Union, Anne Hasselbach (Frankfurt/Main), einer geborenen Bretonin, Verbindung zu der Gemeinde Cleder aufgenommen, die schließlich zu einer Partnerschaft zwischen Cleder und sieben Gemeinden des Südringgaues, des exponiertesten Gebietes an der hessischen Zonengrenze, führte. Die kleine Stadt Wanfried, früher hessischer Endpunkt an der Straße nach dem thüringischen Mühlhausen, zog bald nach, ebenso die Kreisstadt Hünfeld im Rhöngebiet. So spannt sich heute ein ganzes Netz von Verbindungslinien zwischen dem hessischen Zonenrandgebiet und Frankreich, denn neben den Verbindungen zu einer der reizvollsten und wildesten Küstenlandschaften am Atlantik bestehen auch noch einige Partnerschaftsbeziehungen mit Städten des Lyoner Raumes und des nördlichen Frankreichs.

Bei der Kontaktaufnahme mit der Bretagne hat zunächst die weite Entfernung geschreckt. Aber, wie es nun einmal ist, ziehen sich Gegensätze an. Die Bretonen fanden in Hessen das, was sie nicht hatten: Berge und Wälder, eine romantische Mittelgebirgslandschaft. Die Hessen von der Zonengrenze fanden Gefallen an Meer und der düster-farbigen Granitlandschaft der Bretagne mit ihren Trachten und ihrer reichen Folklore. Seit Jahren fahren nur mehrere Male im Jahr die

Omnibusse zwischen den bretonischen Gemeinden und den hessischen Zonenrandgemeinden hin und her, haben würdige Stadtväter und Gemeindeoberhäupter auf dem Weg über die Eisenbahn und das Auto zueinander gefunden und persönliche Freundschaften zu den hochoffiziellen Partnerschaften begründet. Und nicht nur das: Im Austausch von jungen Menschen haben sich manche zarte Bande geknüpft, hat man die gegenseitigen Sprachkenntnisse vertieft und heute gehört es schon da und dort zum guten Ton, daß man die Freunde aus Frankreich bei ihrer Ankunft zum alljährlichen Ferienaufenthalt mit französischen Volksliedern begrüßt, während die jungen Französinen und Franzosen umgekehrt das gleiche versuchen.

Diese Begegnungen haben aber auch ihren politischen Gehalt. Vielen Franzosen, und unter den Bretonen waren hier und da auch Mitglieder des Senate, der Kammer und des Generalrates bretonischer Departements, haben bei diesen Besuchen in Deutschland an der Zonen-grenze einen Anschauungsunterricht über die deutsche Teilung erhalten, der bei ihnen haften blieb. Kaum einer unter ihnen, - und es waren Vertreter aller französischen Parteien dabei, auch der kommunistischen Partei Frankreichs - ist nicht bei der Konfrontierung mit Stachelrort und Minenfeld nachdenklich geworden. Dies um so mehr, weil man ihnen ja nicht irgendwelche billige Kalte Kriegs-Propaganda vornachte, sondern weil sie bei ihren Aufenthalten ausgiebig Gelegenheit hatten, die Problematik dieser Grenze im Alltag zu studieren. Vor Jahren bereits hat einmal einer der Brester Vizebürgermeister diesen Eindruck in der Formel zusammengefaßt: "Hier haben wir den Unterschied zwischen einer Demarkationslinie und einer Grenze kennen gelernt. Eine Grenze, wissen Sie, das ist wie eine Narbe. Eine Demarkationslinie aber eine ständig schwärende Wunde."

So kommt es, daß man heute in mancher kleinen Gemeinde der Bretagne mehr über das geteilte Deutschland weiß, als bei manchen Beamten des Quai à'Orsay. So machen auch "kleine Leute" große Politik: Sie lassen sich in ihrer menschlichen Freundschaft durch keinerlei Erübungen und Rückschläge des offiziellen Verhältnisses in der Überzeugung beirren, nie mehr gegeneinander zu stehen, aufeinander zuschließen. Die Bewohner der kleinen Städte und Gemeinden an hessischen Zonenrand haben davon ihren moralischen Gewinn: Sie wissen, daß man auch außerhalb der Landes- und Bundesgrenzen um ihr Schicksal weiß und ihre Sorgen und Hoffnungen teilt. Sie wissen, daß die Brücke der Anteilnahme sogar von Brest bis zu dem neun Kilometer von der Wartburg entfernten Herleshausen reicht:

+ + +

Was wollen die Freien Demokraten?

"fdk" dringt auf "Reformen" im sozialpolitischen Bereich

sp. - Zur gleichen Zeit, da sozialdemokratische Orts- und Kreisverbände in Anträgen zum Nürnberger Parteitag davor warnen, im sozialpolitischen Bereich weiter den Rotstift anzusetzen, haben die Freien Demokraten durchblicken lassen, daß ihnen im Sozialhaushalt entschieden zu wenig zusammengestrichen wurde. Die Tatsache, daß die Große Koalition das hohe Milliardendefizit, das die Regierung Erhard/Wende und FDP-Finanzminister Dählgrün hinterlassen haben, im Haushalt 1967 auf "nur" 1,35 Milliarden DM geschrumpft hat, hat die Freie Demokratische Korrespondenz (fdk) zum Anlaß genommen, nach grundlegenden Reformen in der Sozialpolitik zu rufen. Auf diesem Gebiet habe die Große Koalition am augenfälligsten ausgeklammert und verschoben. Nicht ausdrücklich vermerkt, aber allgemein bekannt ist natürlich, daß dort, wo die Freien Demokraten nach sozialpolitischen Reformen rufen, sie in aller Regel Verschlechterungen meinen, etwa die Beseitigung der an Bruttolohn orientierten Renten, deren Erhaltung die SPD im letzten Jahr durchgesetzt hat.

Recht gerne würden die Freien Demokraten wohl auch wieder an die Beseitigung des Arbeitnehmerfreibetrages bei der Lohnsteuer gehen. Schon am 26. Oktober 1966 hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund die FDP daran erinnern müssen, daß der Arbeitnehmerfreibetrag von jährlich DM 240 keine Subvention und kein Steuergeschenk sei, sondern "die zwischen Lohnsteuer- und Einkommensteuerzahlern bestehenden erheblichen Steuerbelastungsunterschiede auszugleichen versuche". - Für den "kleinen Mann" haben die Freien Demokraten noch mehr dergartige Pläne in der Schublade, wo sie auch durchaus am richtigen Platz sind. Die Große Koalition kann und wird sich die fragwürdigen sozialpolitischen Rezepte der Freien Demokraten jedenfalls nicht zu eigen machen, auch nicht wegen der Reste jener Hinterlassenschaft, die die Herren der FDP-Führung nach wie vor mitzuverantworten haben.